

12. März 2008, 14:51 Uhr  
Von Oliver Haustein-Teßmer  
Bizarrer Sinneswandel

## **Grüne Tabak-Lobbyistin verärgert die Öko-Partei**

Aufruhr bei den Grünen: Eine bisherige Mitarbeiterin von Fraktionschef Fritz Kuhn wechselt die Fronten. Statt der Nichtraucher-Partei vertritt Marianne Tritz (44) künftig die Interessen der großen deutschen Zigaretten-Hersteller. Dagegen formiert sich Widerstand bei den Ökos. Marianne Tritz ist 44 Jahre alt und Nichtraucherin. Die Atomkraft-Gegnerin hat mehrere Jahre für die Grünen im Bundestag gesessen. Nachdem die Niedersächsin 2005 – mit dem Machtverlust der Umweltpartei auf Bundesebene – ihr Mandat verloren hatte, heuerte sie im Büro des grünen Fraktionschefs Fritz Kuhn an. Kuhn treibt in Deutschland den Kampf gegen das Rauchen voran. Jetzt wechselt die Grünen-Politikerin die Seiten: Am 14. März stellt der neue Verband der deutschen Tabaklobby Marianne Tritz als Geschäftsführerin öffentlich vor.

Dies bestätigte Sebastian Blohm, Sprecher des Tabakkonzerns Reemtsma. Kenner sagen, Tritz habe durch ihre Arbeit bei den Grünen exzellente Kontakte in die Bundespolitik und sei eine gute „Einfädlerin“. Deswegen sorgt der Jobwechsel bis in die Bundesspitze der Öko-Partei hinein für Unmut. „Das ist die persönliche Entscheidung von Marianne Tritz, aber mit dem Programm von Bündnis 90/ Die Grünen passt das nicht zusammen. Denn wir machen eine diametral andere Politik als die Tabak-Lobby“, sagte Bundesgeschäftsführerin Steffi Lemke WELT ONLINE. Die strikte Nichtraucher-Partei legt der früheren Bundestagsabgeordneten aus Niedersachsen nah, auf ihrer privaten Website nicht mehr für grüne Politik zu werben. „Das ist sicherlich etwas, was sich mit ihrem künftigen Job nicht vereinbaren lässt“, sagt Lemke.

Über die künftigen Aufgaben wollten weder Blohm noch Tritz selbst Auskunft geben. Klar ist: Seit die meisten Länder Deutschlands weitgehende Rauchverbote in öffentlich zugänglichen Gebäuden eingeführt haben, muss die Zigarettenindustrie handeln. Ihre Angst: Die Umsätze könnten noch stärker als bisher schon schrumpfen. Gastwirte und Restaurantbesitzer melden Umsatzeinbußen von bis zu einem Drittel durch Rauchverbote. Die Tabakriesen selber mussten reagieren und erhöhten Anfang 2008 die Preise für Zigaretten. Doch das reicht wohl nicht.

## **Tabakindustrie arbeitet an einer Gegenöffentlichkeit**

Um die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen, nutzen die Tabakverarbeiter das Internet. Auf dem von Reemtsma finanzierten Internetportal „Toleranz für Raucher“ wenden sich die Lobbyisten gegen

„pauschale Rauchverbote“ und verlangen stattdessen gut belüftete Raucherbereiche, zum Beispiel in Gaststätten und Bahnhöfen. In den Diskussionsforen der Lobby zu diesem Thema sind allerdings bisher kaum Kommentare abgegeben worden.

Einen Erfolg in der Politik schreiben sich die Tabak-Lobbyisten schon auf ihre Fahnen: In der CSU in Bayern fallen prominente Fürsprecher von der Idee eines allumfassenden Rauchverbots ab. Mit gutem Grund: Die CSU hatte bei der Kommunalwahl herbe Verluste einstecken müssen.

Das absolute Rauchverbot in Bierzelten wie auf dem Oktoberfest soll laut einem Beschluss des Kabinetts unter Ministerpräsident Günter Beckstein wieder fallen. Nichtraucher-Lobbyisten wiederum fürchten, dass diese Trendwende bundesweite Folgen haben könnte – und dass die gut vernetzte Grünen-Politikerin Marianne Tritz als neue deutsche Cheflobbyistin der Zigaretten-Hersteller dazu beitragen könnte. „So keck ist die Tabakindustrie bisher noch nicht aufgetreten, das hat eine neue Qualität“, sagt Johannes Spatz, Mitgründer des „Forums Rauchfrei“. Bisher sei es noch nie vorgekommen, dass die Konzerne eine bis vor kurzem aktive Politikerin direkt an die Spitze eines Verbands gesetzt hätten.

„Tritz ist bei den Grünen eine strategisch wichtige Person gewesen, ihr neuer Job schadet massiv dem Image der Partei“, meint Spatz, der selbst mehrere Jahre in Berlin als grüner Stadtrat in Berlin und Dezernent im dortigen Bezirk Wilmersdorf arbeitete. Der Grünen-Politiker und Nichtraucher-Aktivist hat bereits einige Parteifreunde zusammengetrommelt. Ihr Ziel: Sie wollen bei den Grünen den Parteiausschluss von Marianne Tritz durchsetzen.

Dafür aber sieht die Bundespartei wenig Chancen. Ein Abgeordnetenmandat oder eine Sprecherfunktion ließe sich mit dem neuem Job der Grünen-Politikerin „definitiv nicht“ verbinden, sagt Bundesgeschäftsführerin Lemke. Sie betont jedoch: „Eine berufliche Tätigkeit kann und darf aber kein Grund für ein Parteiausschlussverfahren sein.“